



Die Regierungskrise in Kanada und ihre Folgen

„Es dürfte mehr Schnittmengen mit Trumps Amerika geben“

Wieso ist Trudeau zurückgetreten? Steht Kanada vor einer Regierungsübernahme eines rechten Populisten? Und was sind die Folgen für die Beziehungen zu Deutschland? Kanada-Experte Martin Thunert gibt Antworten.

Ein Gastbeitrag von **Martin Thunert**
Heute, 13:40 Uhr

Der am Montag angekündigte [Rücktritt des kanadischen Premierministers Justin Trudeau](#) hat weitreichende Folgen, nicht nur für die kanadische Innenpolitik. Bei Neuwahlen wird nach aktuellen Umfragen der konservative Oppositionsführer Pierre Poilievre die Macht in Ottawa übernehmen, der für populistische Parolen und eine politische Nähe zum [designierte US-Präsidenten Donald Trump](#) steht.

Was bedeutet die aktuelle Regierungskrise in Kanada für das Land und die Welt? Das schätzt Nordamerika-Kenner [Dr. Martin Thunert](#) in einem Gastbeitrag ein. Er ist Politikwissenschaftler am Heidelberg Center for American Studies der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg sowie assoziiertes Mitglied des Zentrums für Nordamerikastudien der Universität Frankfurt für Kanadastudien. *(lvt)*

Was ist der Hauptgrund für die aktuelle Krise der kanadischen Regierung?

Justin Trudeaus politische Zukunft geriet richtig ins Trudeln, als Chrystia Freeland, die lange Zeit als seine engste Vertraute galt, [im Dezember 2024 als Finanzministerin und stellvertretende Premierministerin zurücktrat](#), und zwar an dem Tag, an dem sie die Herbstwirtschaftsbilanz vorlegen sollte.



Martin Thunert ist Politikwissenschaftler am Heidelberg Center for American Studies der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg sowie assoziiertes Mitglied des Zentrums für Nordamerikastudien der Universität Frankfurt für Kanadastudien.

In seiner Rücktrittserklärung von Montag wies Trudeau auf parteiinterne Streitigkeiten als Hauptgrund für seinen Rücktritt hin. In der anschließenden Fragerunde wurde deutlich, dass Freeland's Rücktritt dazu beitrug, dass er das Vertrauen größerer Teile seiner Fraktion im Unterhaus verloren hatte.

Intern hatten ihn vor allem Abgeordnete aus den maritimen Provinzen, aus Ontario und zum Teil aus seiner Heimatprovinz Quebec mehr oder weniger offen zum Rücktritt aufgefordert, nach außen zeigte sich die Fraktion aber offiziell loyal.

Zur Erosion des Vertrauens in Trudeau hatte auch eine Reihe von Nachwahl Niederlagen in eigentlichen Hochburgen der Partei in den genannten Landesteilen beigetragen. Immer mehr Abgeordnete fürchteten, dass sie in einer Parlamentswahl mit Trudeau als Spitzenkandidat ihre Wahlkreise verlieren würden und am Ende nur eine Schrumpffraktion der Liberalen übrig bliebe.

Trudeau musste einsehen, dass ein Premierminister, der das Vertrauen einer Mehrheit seiner Fraktion verloren hat, kein geeigneter Spitzenkandidat gegen eine erstarkte konservative Opposition mehr sein kann.

Indem er zurücktrat, um nach Stand heute einen geregelten Übergang einzuleiten, wird es Trudeau möglich sein, das politische Erbe seiner [mehr als neun Jahre als Regierungschef](#) und drei gewonnener Unterhauswahlen zumindest teilweise zu erhalten. In den letzten zwei bis drei Jahren hatte ihn auch die Fortüne, die in den Anfangsjahren im Überschwang hatte, weitgehend verlassen.



Justin Trudeau am Montag nach der Verkündung seines Rücktritts in Ottawa.

© imago/ZUMA Press/IMAGO/Sean Kilpatrick

Warum und in welchem Ausmaß ist die Unterstützung für Justin Trudeau in der Bevölkerung in letzter Zeit so stark zurückgegangen?

Es sind ähnliche Gründe wie anderswo in der westlichen Welt: [drastischer Anstieg der Lebenshaltungskosten](#), vor allem der Preise für Lebensmittel, Mieten, Wohneigentum und Kraftstoffe, aber auch für Dienstleistungen. Besonders hart trifft es die Bewohner urbaner Zentren, die eigentlich Hochburgen des „progressiv“ gelesenen Kanadas sind.

„Viele Mitglieder der jüngeren Generation sind von Trudeau und seiner Politik enttäuscht.“

Martin Thunert

Trudeau genoss besonders zwischen 2015 und 2021 die Unterstützung der jüngeren Generation. Heute sind viele Mitglieder der jüngeren Generation von Trudeau und seiner Politik enttäuscht und entnervt. Das hat insbesondere wirtschaftliche Gründe. Wer heute 25 ist, kennt praktisch nur Justin Trudeau als Regierungschef. Seit der Pandemie sind in Kanada die Preise für den täglichen Bedarf und vor allen die Preise für Immobilien und die Mieten in den meisten Großstädten explodiert.

Die Krise auf dem Wohnungsmarkt hat auch mit den enorm hohen Einwandererzahlen der Ära Trudeau zu tun. Der Migrationssaldo Kanadas – die Anzahl der Einwanderungen abzüglich der Anzahl der Auswanderungen – hat sich seit Trudeaus Amtsantritt 2015 bis Anfang 2024 von ca. 200.000 Menschen pro Jahr auf bis zu 460.000 pro Jahr 2023 erhöht, nur im Pandemiejahr 2021 war er drastisch gefallen.



Multikulturell: Kanada ist geprägt von Einwanderung aus aller Welt, hier eine Aufnahme aus dem Stadtteil Little Portugal in Toronto. In letzter Zeit hat das Bevölkerungswachstum durch Immigration allerdings auch zunehmend zu Problemen geführt, vor allem auf dem Wohnungsmarkt. © Roberto Machado Noa/LightRocket via Getty Images

Damit hat Kanada etwa 2023 einen Bevölkerungszuwachs von mehr als einem Prozent, das entspräche in Deutschland einem jährlichen Zuwachs von unter dem Strich knapp 900.000 Menschen.

Der Häuser- und Wohnungsmarkt und die Infrastruktur in den Ballungsräumen – insbesondere im Großraum Toronto – halten mit dem enormen Bevölkerungswachstum, das fast ausschließlich auf hohe Zuwanderung zurückgeht, nicht mehr mit.

Diese jungen Kanadierinnen und Kanadierinnen arbeiten sehr viel und hart und dennoch sehen sie insofern kein Licht am Ende des Tunnels, als dass der Erwerb von Immobilieneigentum in den urbanen Zentren des Landes für sie zunehmend unerreichbar wird.

Doch gerade die urbanen und suburbanen Zentren des Landes – etwa in Ontario – sind die Hochburgen der Liberalen und dort werden sie Sitze verlieren. Eine Frage wird sein, ob sie diese Sitze nur an die Konservativen verlieren oder auch an zwei Parteien links der Liberalen – an die sozialistische NDP und die Grünen.

Wie wahrscheinlich sind vorgezogene Neuwahlen – und wer wird sie voraussichtlich gewinnen?

Nun, da das Parlament von der Generalgouverneurin nun bis Ende März suspendiert ist – als Boris Johnson dies 2019 in einer vergleichbaren Situation in Großbritannien tat, wurde er von der linksliberalen Presse als autoritärer Regierungschef bezeichnet – wird es erst einmal kein Misstrauensvotum gegen den kommissarischen Regierungschef Trudeau geben.

Das Kalkül Trudeaus und der Liberalen Partei scheint zu sein, dass Trudeaus Nachfolgerin oder Nachfolger bis zum regulären Wahltermin im Herbst 2025 weiterregieren kann und dann sozusagen mit dem „Amtsbonus“ und neuem Enthusiasmus in die Parlamentswahl gehen kann.

***„Kanadas Konservative befinden sich in einer Art Trump-Biden-Situation.“
Martin Thunert***

Allerdings setzt dieses Kalkül voraus, dass der und die neue Premierministerin ein mögliches Misstrauensvotum Ende März oder Anfang April übersteht. Aus meiner Sicht ist es völlig offen, ob alle Oppositionsparteien Ende März oder Anfang April der neuen Regierung ihr Misstrauen aussprechen, um so frühere Neuwahlen vor der Sommerpause zu erzwingen.

Nach heutigen Umfragen würden Pierre Poilievre und seine Konservative Partei eine klare Mehrheit der Sitze erringen und damit eine Mehrheitsregierung bilden. Doch Umfragen sind keine Wahlergebnisse, daher wird es im Wahlkampf darum gehen, ob die Konservativen wirklich eine komfortable Sitzmehrheit erringen oder vielleicht nur eine relative Mehrheit der Sitze.

Die Konservativen befinden sich nun in einer Art Trump-Biden-Situation vom Sommer 2024. Pierre Poilievre war auf einen Wahlkampf gegen Justin Trudeau eingestellt, so wie Trump auf einen Wahlkampf gegen Biden eingestellt war.



Pierre Poilievre und seine Konservative Partei würden aktuellen Umfragen zufolge die nächste Wahl in Kanada deutlich gewinnen. © AFP/DAVE CHAN

Allerdings enden dort die Gemeinsamkeiten. Die kanadischen Liberalen machen nun nicht den Fehler der US-Demokraten und „intronisieren“ einfach eine „Kronprinzessin“ ohne innerparteilichen Wettbewerb. Die kanadischen Liberalen werden nun einen die Parteibasis einschließenden innerparteilichen Auswahlprozess starten, der Mitte/Ende März 2025 ein Ergebnis hervorbringen wird.

Wenn die liberale Parteibasis der Meinung ist, dass die miserablen Umfragewerte primär Justin Trudeau zuzuschreiben sind, werden sie sich vermutlich für ein ehemaliges oder gegenwärtiges Mitglied seiner Regierung als neue Parteiführung und Premierminister entscheiden. Dann wäre vermutlich Chrystia Freeland oder andere Kabinettsmitglieder wie Außenministerin Mélanie Jolie in der Favoritenrolle.

Sollten sie aber der Auffassung sein, dass die schlechten Umfragewerte der Liberalen Partei und ihrer Programmatik geschuldet sind, werden sie sich eher für eine Person entscheiden, die nicht der Regierung Trudeau angehört. [Mark Carney](#) und Christy Clark wären solchen Personen.



Selfie-Premier. Trudeau mit Fifa-Präsident Giovanni Infantino und Rishi Sunak, Premierminister von Großbritannien, 2022 am Rande des G20-Gipfels.

© Foto: Kay Nietfeld/dpa

Da die neuen Wahlen nun kein Referendum gegen Justin Trudeau mehr sein können, scheint mir ein Erdrutschsieg der Konservativen aus heutiger Sicht nicht mehr so klar vorhersehbar wie noch gestern.

Pierre Poilievres Konservative müssen also nun auf einen Wahlkampf gegen eine neue Führungsfigur der Liberalen führen – egal ob die Wahl im Frühsommer oder im Herbst 2025 stattfindet. Schon jetzt schalten sie Wahlwerbung und Narrative, die *alle* denkbaren Nachfolger Trudeaus als Anhänger der Trudeau-Agenda etikettieren, auch den scheinbaren Außenseiter Mark Carney, der explizit der Trudeauschen Politik der CO₂-Abgaben zustimmte.

Wenn Pierre Poilievre und die Konservative Partei diese Wahl gewinnen sollten, welche wesentlichen Veränderungen wären dann in der kanadischen Politik zu erwarten?

Kurz vor Weihnachten 2024 gab Pierre Poilievre dem bekannten, aber auch umstrittenen kanadischen Psychologen und Medienstar Jordan Peterson ein langes Interview zu seinen politischen Plänen und seiner politischen Strategie.

„Pierre Poilievre will kein gewöhnlicher Konservativer sein. Er ist bereit, mit populistischen Stil- und Mobilisierungsmitteln zu spielen.“

Martin Thunert

Darin forderte er eine radikale Wende weg von einer auf CO₂-Bepreisung fokussierten Energie- und Klimapolitik und warf den kanadischen Ölfirmen vor, sich nicht entschieden genug gegen Trudeaus Pläne gewehrt zu haben.

In den nicht unpopulären Angriffen gegen die [kanadische Öllobby](#), aber auch in der Hinwendung zu Peterson als Gesprächspartner zeigt sich, dass Pierre Poilievre kein gewöhnlicher Konservativer sein will, sondern mit populistischen Stil- und Mobilisierungsmitteln zu spielen bereit ist.



Gegenspieler: Justin Trudeau und Donald Trump verband eine wechselseitige Antipathie. Bei Trudeaus voraussichtlichem Nachfolger als Premierminister, Pierre Poilievre, ist das anders. © REUTERS/KEVIN LAMARQUE

Häufig benutzt er den 2016 in der Brexit-Kampagne erfolgreich genutzten Slogan, die kanadischen Bürger müssten sich die verloren gegangene Kontrolle über wichtige Aspekte ihres Lebens zurückholen.

Die Wohnungs- und Eigenheimknappheit hält er für ein politisch verursachtes Problem, das man mit Marktmechanismen beheben könne und verspricht, den Bau von Eigenheimen und Wohnungen jedes Jahr um 15 Prozent zu steigern.

In der Einwanderungspolitik argumentiert er, dass Einwanderer willkommen sind, aber nicht solche, die die ethno-nationalen Konflikte ihrer Heimatregionen nach Kanada importierten. Nur Einwanderer mit leichtem Handgepäck seien willkommen, artikuliert er seine Haltung.

Ähnlich wie Trump möchte Pierre Poilievre die Kräfte der kanadischen Marktwirtschaft weitgehend ohne Regulierung zur Entfaltung bringen, damit ein ausreichendes Wachstum durch Erweiterung des Angebots geschaffen würde, mit dem man den Preisanstieg, der auf Knappheit beruht. In den Griff bekommen könnte.

Was würde ein möglicher Sieg der Konservativen für Kanadas internationale Beziehungen bedeuten, insbesondere in Bezug auf die Vereinigten Staaten und die Europäische Union, einschließlich Deutschland?

Ähnlich wie Deutschland hat Kanada in den ersten 100 Tagen der neuen Trump-Administration keine mit einer Mehrheit ausgestattete und damit wenig gestaltunfähige Regierung. Angesichts der pauschalen Drohung Trumps, kanadische Importe in die USA mit einem pauschalen Zoll zu belegen, ist dies kein für Kanada angenehme Situation.



Justin Trudeau (links) beim Gruppenfoto mit anderen Staats- und Regierungschefs während des G7-Gipfels in Italien im Juni 2024. © REUTERS/Yara Nardi

Trump's wiederholte Anspielungen darauf, [dass Kanada angesichts der drohenden Zölle den USA als 51. Bundesstaat beitreten solle](#), sind provokant und nicht unbedingt durchdacht, aber sie verbreiten in Kanada durchaus eine gewisse Unruhe, da es hier ans Eingemachte geht. Schon wurde erste Vorschläge laut, Kanada solle alternativ der Europäischen Union beitreten.

Kanada hat 2025 den G7-Vorsitz inne und wird den Gipfel im Juni in Kananaskis, Alberta, ausrichten, wo Kanada schon 2022 Gastgeber des 28. G7-Gipfels war. Wir wissen heute noch nicht, welcher kanadische Premierminister dort Gastgeber sein wird und welcher Bundeskanzler Deutschland dort vertreten wird.

Justin Trudeau wird es wohl nicht mehr sein. Sein Nachfolger oder seine Nachfolgerin hat dann allerdings die Chance, internationales Profil zu gewinnen, ganz gleich, ob es ein Übergangspremier oder ein Regierungschef mit einem frischen Wählermandat sein wird. Der dann amtierende kanadische Regierungschef wird dann aber auch den ersten G7-Gipfel mit Trump 2 managen müssen, keine leichte Aufgabe.

„Zwischen einer konservativen Bundesregierung unter Pierre Poilievre dürfte es ein paar mehr Schnittmengen mit Trumps Amerika geben.“

Martin Thunert

Zwischen einer konservativen Bundesregierung unter Pierre Poilievre dürfte es ein paar mehr Schnittmengen mit Trumps Amerika geben – insbesondere bei Themen wie Energie, Umwelt und Klimaschutz – als mit einem neuen Regierungschef der Liberalen. Dennoch werden gerade die Konservativen darauf bedacht sein, sich etwa bei handelspolitischen Interessenkonflikten klar von den USA abzugrenzen und Kanadas Souveränität betonen.

In der Sicherheitspolitik und den Verteidigungsausgaben sowie bei der Nahost-Politik wird es vermutlich Übereinstimmungen mit Trump geben.

Das wichtigste Thema für jedwede kanadische Regierung dürften die 2026 anstehenden Überprüfungen und gegebenenfalls Neuverhandlungen des trilateralen Freihandelsabkommen der drei nordamerikanischen Staaten sein, denn Trump scheint hier drastische Änderungen einzufordern – zu einem Abkommen, das seine Regierung 2018 mit Trudeau und Mexiko ausgehandelt hatte, mit dem er aber nicht mehr zufrieden zu sein scheint.



Regierungschefs auf Abruf: Justin Trudeau und Bundeskanzler Olaf Scholz auf einem Bild von 2022. © AFP/DAVE CHAN

Eine konservative Regierung würde vermutlich einen harten Abgrenzungskurs gegenüber China fahren und ähnliche Schritte Trumps begrüßen. Ich erwarte Umschichtungen von Mitteln der Entwicklungshilfe und Zahlungen an manche internationale Organisation zugunsten einer Aufstockung der Mittel für Verteidigung die Streitkräfte.

1,3 Millionen Kanadier – circa 3 Prozent der Bevölkerung – sind ukrainischer Herkunft, in einigen der Hochburgen der Konservativen im Westen Kanadas dürfte der Anteil besonders hoch sein. Fast alle dieser Menschen setzen sich vehement für eine militärische Unterstützung der Ukraine ein.

Doch gleichzeitig findet die Auffassung, dass Kanada bereits jetzt zu viel für die Ukraine tue, bei den Anhängern der Konservativen Partei mehr Anklang als bei anderen Parteien. Zwischen diesen Polen muss die Osteuropapolitik einer konservativen Regierung jonglieren.

Relativ klar scheint die nahezu bedingungslose Unterstützung Israels zu sein, die Verlegung der kanadischen Botschaft nach Jerusalem könnte ein erster symbolischer Schritt sein, der dies ausdrückt.

Die Konservative sehen in Indien ein der wichtigsten strategischen Partner Kanadas und werden versuchen, die unter Trudeau beschädigten Beziehungen zur Regierung Modi zu reparieren.

Kanada besitzt mit [CETA](#) ein Freihandelsabkommen mit der EU, das in großen Teilen bereits in Kraft ist. Von der EU-Klimapolitik und möglichen CO₂-Abgaben auf kanadische Produkte, die in die EU aus Kanada importiert werden, dürfte eine konservative Regierung nicht begeistert sein, auch nicht von anderen Aspekten eines europäischen Green New Deals. Daher wird der Beitritt Kanadas zur EU von einer konservativen Regierung eher nicht forciert werden.

Inwieweit spiegelt die Entwicklung in Kanada eine umfassendere Krise liberaler Regierungen in der westlichen Welt wider, insbesondere im Hinblick auf den Aufstieg populistischer, rechtsgerichteter Strömungen?

Hier gibt es zwei mögliche Antworten. Auf den ersten Blick, scheint der „progressive Moment“ in der globalen Politik sein Ende gefunden zu haben, der unter anderem mit Trudeaus triumphalem Wahlsieg 2015 eingeleitet wurde und zwischen 2019 und 2021 mit den Wahlerfolgen der Grünen bei den europäischen Parlamentswahlen 2019, dem Wahlsieg Bidens 2020 und der deutschen Ampelregierung 2021 und der sehr hohen Zustimmung zu engagierter Klimawandel- und Social Justice Politik seinen Höhepunkt fand.

„Pierre Poilievre ist dem frühen Justin Trudeau auch in seinem Auftreten gar nicht so unähnlich, allerdings mit einem Gesellschaftsbild, das rechts-libertär von einem christdemokratischen Konservatismus steht.“

Martin Thunert

Die zweite Antwortmöglichkeit weist darauf hin, dass seit dem Ende der Pandemie, Regierungen und Amtsinhaber aller Couleur abgewählt oder geschwächt wurden, so auch [die britischen Tories, die krachend verloren](#), oder der hindu-nationalistische indische Regierungschef Modi, dessen Mehrheit deutlich schrumpfte.

Beide Antworten scheinen ihre Berechtigung zu haben. Vier Jahre und eine weltweite Pandemie später scheint der progressive Moment zumindest vorübergehend verpufft zu sein.

Unmittelbare Probleme der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere konkrete Probleme wirtschaftlicher Art wie Teuerungen bestimmter Produkte und Dienstleistungen, dominieren den Diskurs.

Damit tun sich die Parteien und Bewegungen des „progressiven“ Moments, die die Probleme der Welt global deuten und lösen wollen, deutlich schwerer, als ein konservativ-

nationalistischer Populismus, der für sich in Anspruch nimmt, die konkreten und oft regional oder national, aber nicht global konnotierten Probleme und Identitäten einfacher Menschen, speziell der Unorganisierten und Übersehenen, anzunehmen und konkrete Lösungsvorschläge zu unterbreiten.

Pierre Poilievre glaubt daran, die Wählerinnen und Wähler nicht bei ihren kollektiven Gruppenidentitäten anzusprechen und abzuholen, sondern als kanadische Bürgerinnen und Bürger ohne Bindestriche und Gruppenzugehörigkeiten.

Dabei ist er dem frühen Justin Trudeau auch in seinem Auftreten als jugendlicher, oft leger gekleideter Politiker gar nicht so unähnlich, allerdings mit einem Gesellschaftsbild und einem Politikverständnis, das erkennbar rechts-libertär von einem traditionell christdemokratischen und auf politische Gegner zugehenden europäischen Konservatismus steht.